

Symbol für Flucht Papst trifft Vater von Alan Kurdi

ERBIL Papst Franziskus hat am letzten Tag seiner Irak-Reise den Vater des toten Flüchtlingsjungen Alan Kurdi getroffen. Das Foto des Kleinkinds, dessen Leiche 2015 an einen Strand der Türkei gespült wurde, ging auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise um die Welt. Franziskus habe Abdullah Kurdi nach der Messe im Fussballstadion von Erbil getroffen, teilte der Vatikan am Sonntagabend (Ortszeit) mit. Franziskus drückte Kurdi sein Beileid dafür aus, dass er seine Familie verloren hatte. Der Vater des kleinen Alan dankte dem Oberhaupt der katholischen Kirche für seine Worte. Der damals zweijährige Alan Kurdi war am 2. September 2015 am Ufer der Türkei angespült worden. Abdullah Kurdi hatte mit seiner Familie versucht, von der Türkei aus mit einem Boot die griechische Insel Kos zu erreichen. Das Boot kenterte. Kurdis Frau und ihre zwei kleinen Kinder ertranken. Die Irak-Reise von Papst Franziskus neigte sich am Sonntag dem Ende zu. Er ist das erste katholische Kirchenoberhaupt, das das Land im Nahen Osten besucht. Auf der Reise hatte er immer wieder ein friedliches Zusammenleben und Solidarität zwischen den Religionen gefordert. Am Montag sollte er zurück nach Rom reisen. (sda/dpa)

Corona in Italien Expertinnen raten zu Verschärfungen

ROM Wegen steigenden Coronawerte in Italien fordern Expertinnen von der Regierung eine Verschärfung der Schutzmassnahmen. Der Wissenschaftlich-Technische Ausschuss, der das Kabinett von Ministerpräsident Mario Draghi unterstützt, rät Rom zu erhöhten Schutzmassnahmen, wie die Nachrichtenagentur Ansa am Samstagabend schrieb. Der Ausschuss hatte zuvor in seinem Wochenbericht gewarnt, das Coronarisiko habe sich das fünfte Mal in Folge verschlechtert. In Italien war erst am Samstag ein neues Dekret in Kraft getreten, in dem inländische Reiseperrnen bis 27. März verlängert worden waren. Eine nächtliche Ausgangssperre gilt weiter. Italienische Medien gingen am Sonntag davon aus, dass Premier Draghi das Regelwerk in Kürze verschärfen dürfte. (sda)

Von «klares Zeichen» bis «nutzlose Symbolpolitik»

Reaktionen Nach dem zweiten Erfolg des Egerkinger Komitees mit einer islamkritischen Initiative sprechen die Siegerinnen von einem klaren Zeichen gegen den radikalen Islam. Die Verliererinnen beklagen Islamophobie und nutzlose Symbolpolitik.

«Das ist ein gescheiter Entscheid des Schweizer Volkes», sagte Komitee-Präsident Walter Wobmann (NR/SO) der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Jetzt könne die Schweiz klare Regeln aufstellen, damit die Leute wüssten, dass man in der Schweiz das Gesicht in der Öffentlichkeit zeige. Mit Symbolpolitik habe das nichts zu tun. Das Verbot richte sich auch gegen Chaoten und Hooligans. Für SVP-Parteipräsident Marco Chiesa (SR/TI) ist die Zustimmung zur Volksinitiative über das Verhüllungsverbot ein klares Zeichen gegen den radikalen Islam, gegen vermummte Chaoten und für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Schweiz. Auch für den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sei ein Verhüllungsverbot akzeptabel. Das Nein-Komitee hätte sich zwar über ein Nein gefreut, sagte Co-Präsident und FDP-Nationalrat Andrea Caroni. Aber er sei «extrem frohgemut» über das schlechte Resultat der Initiative. Im Vergleich zur Minarett-Initiative mit ihrem Ja-Anteil von 58 Prozent sei sie massiv eingebrochen. «Ich bin froh über diesen steil abfallenden Trend.»

Scheinlösung ohne konkreten Effekt

Man habe noch einmal sorglos den Unmut über den radikalen Islam ausdrücken können, sagte Caroni. Aber es sei eine Scheinlösung, es werde nichts passieren, erklärte der FDP-Ständerat aus dem Kanton Aargau. Es sei auch ein schlechtes Signal an die muslimische Gemeinschaft, teilten die SP Frauen mit. Ein Ja zur Initiative löse keine wirklichen Probleme wie Sexismus, Rassismus oder Gewalt. Man müsse aufhören, den Frauen Kleidervorschriften zu machen, sagte Co-Präsidentin und Nationalrätin Tamara Funicello (SP/BE). Er nehme die SVP beim Wort, sagte SP-Co-Präsident Cédric Wermuth (NR/AG). Er warte gespannt auf ihre Beiträge, wenn es um echte Lösungen gehe wie die Finanzierung von Frauenhäusern oder mehr Geld für die Gleichstellung. Zudem werde ein



An diesem Kleidungsstück scheiden sich die Geister. (Foto: Keystone/Gian Ehrenzeller)

Verhüllungsverbot keinen Prediger von Hassreden abhalten. Für Mittepräsident Gerhard Pfister war die Initiative eine Stellvertretervorlage. Neben dem konkreten Anliegen sei es im Abstimmungskampf auch darum gegangen, was gut für die westliche Gesellschaft sei. Für ihn hätten letztlich frauenrechtliche Argumente zur Mehrheit an der Urne geführt. Die Operation Libero sprach davon, die Schweiz sei zurück «im Schwitzkasten der SVP und des islamophoben Egerkinger Komitees». Die Bewegung geht von weiteren Angriffen auf die liberale Verfassung der Schweiz aus. Der knappe Entscheid zeige jedoch, dass der Widerstand gegen die «populistische Stimmungsmache auf Kosten von Min-

derheiten» wachse. Das Resultat ist für die Jungen Grünen ein frontaler Angriff auf die Grundrechte und den Schutz von Minderheiten. Man werde vor Gericht gegen Anwendungsfälle der direkt betroffenen Frauen kämpfen und dafür notfalls bis nach Strassburg gehen.

Muslimische Gemeinschaft gespalten

Die muslimische Gemeinschaft zeigte sich in ihren Reaktionen gespalten. Diese Abstimmung sei wie bei den Minaretten auf eine bestimmte Gemeinschaft ausgerichtet gewesen, «und wir wissen nicht, was als nächstes kommt», so Pascal Gemperli, Sprecher der Förderung Islamischer Dachorganisationen in der

Schweiz. Das Resultat werde eine ziemlich ungesunde Atmosphäre schaffen. Gemperli sorgt sich um die Sicherheit der Muslime und befürchtet verstärkte Feindseligkeiten. «In Frankreich haben wir nach dem Verbot einen Anstieg der Gewalt erlebt.» Das Resultat zur Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» signalisiere, dass es den Initianten gelungen sei, die vorherrschende Islamophobie in der Verfassung zu verankern, kommentierte der Islamische Zentralrat der Schweiz (IZRS) den Ausgang der Abstimmung. Er will die Bussen für Burka- und Nikabträgerinnen übernehmen. Das parteiübergreifende Ja zum Verhüllungsverbot sei ein Nein zu einer totalitären Ideologie, die in einer Demokratie keinen Platz habe. Sie denke, dass dieses Signal in der Schweiz und im Ausland sehr gut verstanden werden wird, sagte dagegen die Essayistin und Gründerin des Forums für progressiven Islam, Saïda Keller-Messahli. Für den säkularen Muslim Mohamed Hamdaoui, Mitte-Grossrat im Kanton Bern und Gründer der Kampagne «Face uncovered», ist die Abstimmung in erster Linie ein Weckruf an die Adresse der Linken. Die Linken in Frankreich, Belgien und sogar in Grossbritannien erlebe die gleichen Spannungen. Innerhalb der linken Parteien werde eine echte Debatte stattfinden müssen.

Zusätzlicher Klotz am Bein für Tourismus

Bedauern über den Ausgang äusserte auch der Schweizer Tourismusverband (STV). Die durch die Coronapandemie ohnehin schon stark leidende Branche könne nicht noch zusätzliche Erschwernisse brauchen, sagte STV-Direktorin Barbara Gisi der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Die Schweiz als offenes Gastland habe auch vollverschleierte Besucherinnen gern empfangen. Diese kaufkräftigen Gäste aus den Golfstaaten würden nun wegbrechen. Im Kanton Tessin seien seit der Einführung des Verbotes im Jahr 2016 rund 30 Prozent weniger Gäste aus den Golfstaaten gezählt worden. (sda)

Schweizer Stimmvolk will keine elektronische Identität aus privater Hand

Digital Die Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürger wollen keine E-ID, die von privaten Anbietern herausgegeben und vom Staat lediglich kontrolliert wird. Sie haben dem vom Bundesrat ausgearbeiteten und vom Parlament verabschiedeten E-ID-Gesetz eine deutliche Abfuhr erteilt.

Gemäss den Endresultaten aus den Kantonen erreichte das Bundesgesetz über die elektronischen Identifizierungsdienste (E-ID) nirgends eine Mehrheit. Unter dem Strich lehnten 64,4 Prozent der Stimmenden die Vorlage ab. In absoluten Zahlen waren 1 777 100 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dagegen und nur 984 200 dafür. In zwanzig Kantonen liegt der Nein-Anteil zwischen 60 und 70 Prozent. In Basel-Stadt sowie in der Waadt wurde das E-ID-Gesetz mit 70,7 Prozent respektive 70,1 Prozent am wichtigsten verworfen. Im Tessin (55,8 Prozent), in Zug (59 Prozent) sowie in Nidwalden (59,6 Prozent) war das Nein etwas weniger deutlich. Die

Ablehnung der Vorlage überrascht nicht, die Klarheit des Verdicts aber schon: Die Umfragen von SRG und Tamedia rechneten in den Wochen vor der Abstimmung mit einem Nein-Anteil zwischen 54 und 56 Prozent. Nun liegt der Ball wieder beim Bundesrat und beim Parlament. Selbst die Gegner des E-ID-Gesetzes wollen eine rasche Lösung. Umstritten war aber die Rollenteilung von Staat und Privaten. Das Stimmvolk sagte Nein zu einer privaten Lösung. Bei einer Neuauflage der E-ID wird also der Staat bei der Ausstellung und beim Betrieb federführend sein müssen. Grundsätzlich hatte im Abstimmungskampf kaum jemand etwas daran auszusetzen, die Digitalisierung voranzutreiben und die sichere Identifikation von Personen im Internet zu ermöglichen. Viele wünschen sich, dass im Internet einfacher Verträge abgeschlossen oder Behördengänge erledigt werden könnten. Kritisiert wurde nicht der Inhalt, sondern der Weg zum Ziel.

Staat steht in der Pflicht

Das letztlich erfolgreiche Referendum gegen die Vorlage wurde von der Digitalen Gesellschaft lanciert und von SP, Grünen, Piratenpartei, VPOD, Internet Society Switzerland, Verein Public Beta, Grundrechte.ch

sowie Seniorenorganisationen unterstützt. Auch der Gewerkschaftsbund (SGB), Travail Suisse, die GLP, die EDU und die Junge EVP fassten die Nein-Parole zum E-ID-Gesetz. Es dürfe nicht sein, dass Daten in die Hände privater Firmen gelangten, die kommerzielle Interessen hätten, argumentierte das Referendumskomitee. Eine E-ID sei nur dann vertrauenswürdig, wenn sie staatlich sei. Der Bund müsse also selber eine E-ID anbieten und den Datenschutz gewährleisten. Gemäss dem gescheiterten Gesetz wären die Bundesbehörden lediglich für die Identifizierung einer Person zuständig gewesen.

Schlappes für Swiss Sign Group

Die unterlegenen Befürworter des E-ID-Gesetzes verwiesen dagegen auf die strengen Datenschutzvorschriften. Das Parlament habe den Datenschutz noch verstärkt. Auch der Eidgenössische Öffentlichkeits- und Datenschutzbeauftragte (Edöb) setzte sich für die Vorlage ein - auch weil seine Rolle mit dem neuen Gesetz gestärkt worden wäre. Neu hätte eine staatliche Kommission für die Anerkennung der Aussteller von E-ID zuständig sein und diese auch beaufsichtigen sollen. Konkret hätten die Anbieter einer E-ID die Daten zur

Person und Transaktion nicht zusammenführen oder für andere Zwecke verwenden dürfen. Zudem hätten die Transaktionsdaten nach sechs Monaten gelöscht werden müssen. Eine gewisse Marktfreiheit für Anbieter sei gut und fördere den Innovationsgeist, hielten die Befürworter fest. Als Herausgeberin in den Startblöcken stand bereits die Swiss Sign Group, die die Swiss ID betreibt. Zum Konsortium gehören Post, SBB, Swisscom, Börsenbetreiber Six, Grossbanken und Versicherungen.

Gang an Schalter bleibt die Regel

An die Stelle der Passbüros würden Unternehmen wie Banken und Versicherungen treten und die sensiblen Daten der Bürgerinnen und Bürger verwalten, warnten die Kritiker. Sie erachteten das Missbrauchspotenzial und die Risiken als zu gross, etwa bei einem Datendiebstahl. Eine elektronische Identität sei unumgänglich, wolle die Schweiz nicht ins Hintertreffen geraten, hielten die Befürworter dagegen. Sie verwiesen im Abstimmungskampf auch auf die Freiwilligkeit. Der Gang an den Schalter werde bei einem Ja nicht verunmöglicht. Nach dem Nein müssen sich Digitalisierungsfreunde nun noch eine Weile damit abfinden. (sda)

Knapp

Ja zu Freihandel mit Indonesien

BERN Die Stimmenden in der Schweiz sagen Ja zum Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit Indonesien. Einmal mehr zeigt sich der Röstigraben: Während fast alle deutschsprachigen Kantone und das Tessin Ja sagten, lehnte die Westschweiz das Abkommen teilweise wuchtig ab. 51,7 Prozent legten gemäss den Zahlen aus den Kantonen ein Ja ein und 48,3 Prozent ein Nein. SVP, FDP, Mitte und GLP hatten ein Ja zum Freihandelsabkommen empfohlen, SP, Grüne und EVP die Nein-Parole ausgegeben. Das rot-grüne Lager kann zusammen mit dem Referendumskomitee einen Achtungserfolg verbuchen. Indonesien ist der grösste Palmölproduzent weltweit. Das umstrittene Palmöl stand im Zentrum der Debatte über das Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit dem südostasiatischen Land. Das Abkommen erleichtert die Einfuhr von Palmöl aus Indonesien und bringt günstigere Zölle, allerdings lediglich für Kontingente. Denn die Zölle auf Palmöl werden nicht abgeschafft, sondern um 20 bis 40 Prozent gesenkt, und Rabatte werden für höchstens 12 500 Tonnen pro Jahr gewährt. Doch nur 0,1 Prozent aller Schweizer Palmöl-Importe des Jahres 2019 stammten aus Indonesien. (sda)